

# i Fíjate!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 296

5. Nov. 2003

10. Jahrgang

## Wahlkampf auf dem Lande

Immer öfter werden KandidatInnen für das Bürgermeisteramt nicht von Parteien gestellt, sondern von *comités cívico*. Diese BürgerInnenkomitees schliessen sich auf die Wahlen hin zusammen, gründen eine Organisation, stellen eine KandidatIn sowie GemeinderätInnen auf und lösen sich nach den Wahlen automatisch wieder auf. 100 Personen (in der Hauptstadt 1000 und auf Departementsebene 500), die ins Wahlregister eingetragen sind und von denen mindestens 50% lesen und schreiben können (auf dem Land, in den Städten müssen 100% AlphabetInnen sein), können ein *comité cívico* gründen. Wahlkampagne auf dem Lande bedeutet „trabajo de hormigas“ – fleissig arbeiten wie die Ameisen, stets und unter zum Teil widrigen Umständen unterwegs sein, um irgendwo in einer abgelegenen Gemeinde das *comité cívico* und dessen Regierungsplan vorzustellen. Im folgenden Interview erzählen Vertreter des BürgerInnenkomitees *Ri Jay* aus Sipacapa, San Marcos, weshalb sie sich entschlossen haben, einen eigenen Kandidaten aufzustellen und wie ihr Regierungsprogramm 2004-2008 aussieht.

(Das Interview wurde eigentlich mit dem Bürgermeisterkandidaten Francisco Bautista Sánchez geführt, die Redebeiträge anderer Mitglieder des Komitees sind im Folgenden unter *Antwort* aufgeführt, da ihre Namen nicht bekannt sind.)

*Frage:* Wann und weshalb wurde das BürgerInnenkomitee *Ri Jay* gegründet?

*Antwort:* Vor zwei Jahren haben sich Führungspersonlichkeiten aus verschiedenen Dörfern zusammengeschlossen, die eine gemeinsame Vision für die Entwicklung der ganzen Gemeinde erarbeiteten. Die einzelnen Dörfer in der Gemeinde Sipacapa sind sehr unterschiedlich entwickelt. Das hat damit zu tun, dass die Autoritäten nach Lust und Laune an einigen Orten Projekte durchführten und an anderen nicht. Die Mitglieder von *Ri Jay* haben alle im Laufe der Jahre gemerkt, was da gespielt wird, zum Teil durch eigene Erfahrungen, teilweise, weil sie Kurse besuchten und sich weiterbildeten. Ich selber z.B. habe Kurse in der Diözese San Marcos erhalten und höre immer die Sendungen von Radio „Voz de la Buena Nueva“, wo über Partizipation, Demokratie, die Räte der Alten etc. gesprochen wird. Wir haben die Leute dann zu mehreren Treffen eingeladen. Am Anfang war es etwas schwierig, da einige ihre persönlichen Interessen verfolgten und nicht unser Solidaritätsverständnis teilten.

*Frage:* Was bedeutet *Ri Jay*?

*Antwort:* *Ri Jay* bedeutet „Haus für alle“. Ein Haus, in dem sich die ganze Familie, Männer und Frauen, treffen, und in dem über einen Erfolg oder aber über Probleme gesprochen wird. Unsere Gemeindeverwaltung soll also ein Haus für alle sein, wo die Bedürfnisse angehört werden und Lösungen für die Probleme aller gesucht werden.

*Frage:* Welche Ziele verfolgt das BürgerInnenkomitee?

*Francisco Bautista Sánchez (Bürgermeisterkandidat):* Zum einen geht es uns darum, unser Bürgerrecht einzufordern und an den Wahlen teilzunehmen. Daneben ist es uns aber auch wichtig, das Geschick unserer Gemeinde in die eigenen Hände zu nehmen, mitbestimmen zu können, wo welche Projekte durchgeführt werden. Das ist auch der Grund, weshalb

ich die Kandidatur angenommen habe. Die Gemeindeverwaltung soll wirklich ein Ort werden, der allen gehört, Männern und Frauen, Armen und Reichen. Wichtig ist einfach, dass alle diesen Ort respektieren. Ich wünsche mir, dass sich alle BürgerInnen als BesitzerInnen der Gemeindeverwaltung fühlen und wir gemeinsam die Entwicklung unserer Gemeinde bestimmen können.

*Frage:* Wie garantieren Sie der Bevölkerung diese Partizipation?

*F.B.S.:* Indem wir allen das Recht zur Mitsprache gewähren und sie einladen, mitzudenken und mitzuzentscheiden. Unter dem aktuellen Bürgermeister haben sich die Entwicklungsräte gebildet, die langsam zu funktionieren beginnen. Diese wollen wir stärken und mehr einbeziehen. Wir wollen eine demokratische Gemeindeverwaltung sein, die im Dienste der Bevölkerung steht.

*Frage:* Was verstehen Sie unter Demokratie?

*F.B.S.:* Demokratie bedeutet, dass alle das Recht haben, ihre Meinung zu äussern ohne Angst haben zu müssen und ohne diskriminiert zu werden.

*Antwort:* Demokratie heisst auch Freiheit. Wir sind alle freie BürgerInnen, die das Recht zur Partizipation haben, auf Gemeinde- wie auf Staatsebene. Dank der Demokratie können wir heute an den Wahlen teilnehmen. Die Diktaturen der 80er Jahre hatten uns verboten, uns in Gruppen von 5 oder mehr Personen zusammenzuschliessen.

*Frage:* Sie sprechen zwar von Demokratie und davon, dass alle die gleichen Rechte haben. Wie steht es denn mit der Geschlechterdemokratie in *Ri Jay*? Weshalb sind keine Frauen auf Ihrer Liste?

*Antwort:* Natürlich wollen wir in *Ri Jay* allen die Chan-

ce geben, teilzunehmen, Männern, Frauen und auch den Jugendlichen. Selbstverständlich hatten wir Frauen auf der Liste. Als es aber darum ging, die Leute beim Obersten Wahlgericht einzuschreiben, hiess es in den Identitätspapieren dieser Frauen, dass sie nicht lesen und schreiben könnten, was nicht stimmt, denn die Frauen konnten unterschreiben. Viele Leute, die uns beitraten, gelten offiziell als AnalphabetInnen, obwohl sie unterschreiben können (und darum geht es letztlich) und wurden vom Wahlgericht nicht akzeptiert. In den lokalen Entwicklungsräten gibt es aber einige Frauen, die sehr aktiv sind.

*Frage:* Wie haben Sie Ihren Regierungsplan erarbeitet?

*F.B.S.:* Wir sind in die Dörfer gegangen und anstatt den Leuten falsche Versprechungen zu machen, haben wir sie gefragt, welches ihre dringendsten Bedürfnisse sind. In Zweiergruppen haben wir alle Dörfer besucht und haben so eine Übersicht über die Situation und akutesten Probleme der Leute erhalten. Mit Unterstützung des *Movimiento de Trabajadores del Campo* (MTC) haben wir diese Daten systematisiert und so eine Analyse der Lage in der ganzen Gemeinde erhalten. Aufgrund der Resultate dieser Befragungen haben wir unseren Regierungsplan erstellt. Mit diesem Plan besuchen wir im Rahmen der Wahlkampagne die Dörfer noch einmal und zeigen den Leuten, dass wir ihre Projekte in unseren Regierungsplan aufgenommen haben.

*Frage:* Bei diesen Umfragen kam heraus, dass die grössten Probleme in den meisten Dörfern die Strassen und das Trinkwasser sind. Wie wollen Sie als zukünftiger Bürgermeister diese Probleme angehen?

*F.B.S.:* Wir schauen zusammen mit den Gemeinden, wo es am nötigsten ist, ein Projekt durchzuführen. Und wenn eine Gemeinde fünf Projekte beantragt, müssen wir schauen und zusammen mit der Bevölkerung entscheiden, welches der Projekte das dringendste ist und welches noch etwas zurückgestellt werden kann. Denn es geht nicht, dass wir in einer Gemeinde fünf Projekte ausführen und in einer anderen, die es ebenso nötig hat, keines.

*Frage:* Und was machen Sie, wenn es plötzlich heisst, Don Chico bevorzugen die eine oder andere Gemeinde, weil er dort selber wohnt oder Freunde hat?

*F.B.S.:* Dafür gibt es die Koordination mit den kommunalen Entwicklungs-

räten. Nicht ich bin es, der entscheidet, welche Projekte durchgeführt werden, sondern es sind Entscheidungen, die zusammen mit den Entwicklungsräten und der Bevölkerung getroffen werden. Wenn es erforderlich ist, müssen wir öffentliche Gemeindeversammlungen durchführen, damit alle Leute informiert sind, weshalb wir welche Entscheide treffen, und damit alle ihre Meinung dazu abgeben können. Das gibt auch uns die Möglichkeit, bekannt zu geben, an was wir arbeiten, was wir alles noch planen und wann wir in welcher Gemeinde welches Projekt durchführen. Wichtig ist, die Projekte transparent durchzuführen und die Leute zu informieren.

*Frage:* Wie stellt sich das Comité Cívico zu dem Goldminenprojekt, das ein kanadisches Unternehmen in der Region plant?

*Antwort:* Als wir zum ersten Mal von dem Minenprojekt hörten, erzählte man uns, dass es eine Einnahmequelle für viele Leute der Gegend sein wird, und dass die Region davon profitieren werde. Unterdessen haben wir jedoch gemerkt, dass das Projekt mehr negative als positive Seiten hat. Verschiedene Gemeinden haben begonnen, sich gegen die Minen zu wehren. Seitens des Comité Cívico haben wir noch keine definitive Position erarbeitet. Natürlich haben die Ingenieure versucht, mit den verschiedenen Bürgermeisterkandidaten Kontakt aufzunehmen und sie von ihrem Projekt zu überzeugen. Aber wir wollen zuerst mehr Informationen darüber, was überhaupt geplant ist und inwiefern wir davon profitieren. Wenn wir an die Macht kommen, werden wir die ganze Bevölkerung einladen und über das Minenprojekt informieren. Die Bevölkerung wird am Schluss darüber entscheiden, ob sie dieses Projekt befürwortet oder nicht. Denn es ist auch die ganze Bevölkerung, die mögliche negative Konsequenzen des Projekts, wie z.B. die Umweltzerstörung, zu tragen hat.

*Frage:* Wie und mit welchen Mitteln führen Sie Ihre Wahlkampagne durch? Verschenken Sie auch Mützen und T-Shirts wie die Parteien?

*F.B.S.:* Wir haben kein Geld, wir sind auf der Strasse präsent und besuchen die Gemeinden. Es stimmt, dass die Parteien die Leute kaufen, aber wir wollen mit unserer Arbeit überzeugen und nicht mit Geschenken. Wir wollen die Leute nicht manipulieren sondern sie im Gespräch überzeugen. Wir treten auch nicht in Konkurrenz mit den Parteien oder kritisieren ihr Vorgehen - sollen sie machen, was sie wollen. Wir versuchen auf un-

sere Art, die Gunst der WählerInnen zu gewinnen. Wir haben alle das Recht, uns politisch zu betätigen, aber es darf keine Politik der Drohung, der Gewalt und der Diskriminierung sein.

*Frage:* Weshalb sind Sie Kandidat eines BürgerInnenkomitees und nicht einer politischen Partei?

*F.B.S.:* Nicht so sehr ich habe das entschieden, sondern ich bin von den VertreterInnen der Dörfern gewählt worden. Ich selber habe überhaupt keine politischen Absichten gehabt. Mir geht es nur darum, etwas dazu beitragen zu können, dass sich die Situation der Bevölkerung ändert. Dass ich gewählt wurde, hat vielleicht mit meiner Moral, mit meinem Wissen und mit meiner Erfahrung zu tun. Ich habe auf Gemeindeebene in verschiedenen Komitees mitgearbeitet und habe dort offenbar die Leute überzeugen können.

*Frage:* Und Sie, weshalb haben Sie sich dem Comité Cívico angeschlossen?

*Antwort:* Andere Jahre habe ich politische Parteien gewählt, das eine Mal die Christdemokratische Partei, ein andermal die PAN, doch nie haben wir gewonnen. Eigentlich wollte ich mich aufgrund dieser Erfahrungen aus der Politik zurückziehen, weil die Bevölkerung uns offensichtlich nicht wollte. Ausserdem war es reine Zeitverschwendung. Als dann das Comité Cívico gegründet wurde, ging ein Traum der Bevölkerung von Sipacapa in Erfüllung. Endlich können wir unsere Bedürfnisse einbringen und werden ernst genommen. Das Komitee will wirklich etwas an unserer Situation verändern, es ist vergleichbar mit den Komitees *Pro-Mejoramiento*, die sich in den Gemeinden für die Verbesserung der Infrastruktur, Wasser, Schulen und Gesundheitsversorgung einsetzen. So habe ich mich entschlossen, das Komitee zu unterstützen und jetzt bin ich sogar als Kandidat auf der Liste.

*Frage:* Don Chico, fühlen Sie sich in der Lage, eine so verantwortungsvolle Aufgabe wie das Bürgermeisteramt anzunehmen?

*F.B.S.:* Ja, ich bin glücklich und fühle mich der Verantwortung gewachsen. Ich werde ja nicht alles alleine machen müssen, sondern kann auf die Unterstützung der Gemeinderäte, der Entwicklungsräte und der Bevölkerung zählen. Denn eines ist klar: Wenn wir Sipacapa verändern wollen, müssen alle mitarbeiten.

*Vielen Dank für das Gespräch!*

## Ex-PAC nehmen Journalisten als Geiseln

**Guatemala, 29. Okt.** Die grosse Unbekannte der Wahlen vom kommenden 9. November sind zweifellos die ehemaligen Zivilpatrouillen (Ex-PAC). Wird die Strategie der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), die Stimmen der Ex-PAC für sich zu gewinnen mit dem Versprechen der Entschädigung für ihre am Staat geleisteten „Dienste“ während des bewaffneten Konflikts aufgehen? Letzte Woche gab Finanzminister Eduardo Weymann gar bekannt, die Zahl der zu entschädigenden Ex-PAC von 250'000 auf eine halbe Million zu erhöhen, was den Staatshaushalt mit zusätzlichen 400 Mio. Quetzales belasten wird. Weymann versprach, die erste Rate noch vor den Wahlen auszubezahlen, den Rest danach. (Mit Ausnahme von Alvaro Colom versprechen sämtliche Präsidentschaftskandidaten, die Zahlungen an die PAC im Falle eines Wahlsieges weiterzuführen).

In einigen Fällen funktioniert die Taktik der FRG, vor allem dort, wo bereits Entschädigungen ausbezahlt und dadurch die Ex-PAC zu den treuesten Besuchern der Wahlveranstaltungen wurden. In anderen Fällen jedoch hat sich das Blatt gewendet, und die ehemaligen Patrouillisten stören bzw. verunmöglichen die Meetings der FRG.

So auch am letzten Wochenende in La Libertad, Huehuetenango, wo Ex-PAC noch vor der Ankunft des FRG-Kandidaten Ríos Montt Strassensperren errichteten, vier Journalisten der Tageszeitung *Prensa Libre* sowie einen Fahrer des *Sekretariats für Verwaltungs- und Sicherheitsangelegenheiten* (SAAS) als Geiseln festnahmen und die Anwesenheit des Departementgouverneurs forderten, der für die Auszahlung der von der FRG versprochenen Entschädigungsgelder zuständig ist. La Libertad war zwei Tage lang von den Patrouillisten besetzt, weder die Presse noch das hinzugezogene Militär mit seinen Spezialeinheiten konnte sich Zugang verschaffen.

Nationale und internationale Pressevereinigungen sowie Menschenrechtsorganisationen solidarisierten sich mit den Geiseln. In der Hauptstadt fand am Montag spontan eine Demonstration von JournalistInnen statt, welche die Freiheit ihrer Kollegen forderten. Die guatemalteckische Regierung hielt sich mit Kommentaren zurück. Vizepräsident Francisco Reyes López wehrt unterdessen jegliche Verantwortung in der Sache ab und liess gar durchblicken, das Problem der Ex-PAC in La Libertad sei, dass sie sich nicht als Mitglieder der FRG einschreiben liessen. Am Montag reisten der Menschenrechtsprokurator Sergio Morales, Frank LaRue vom Menschenrechtszentrum CALDH und der Direktor von *Prensa Libre*, Gon-

zalo Marroquín nach Huehuetenango, um über die Freilassung der Geiseln zu verhandeln, jedoch ohne Erfolg. Erst am Dienstag gelang es dann einer Verhandlungsdelegation, angeführt von Catalina Soberanis vom *Friedenssekretariat* SEPAZ, dem Chef der *Mission der Vereinten Nationen für Guatemala* MINUGUA Tom Koenigs und einem Vertreter der staatlichen Menschenrechtskommission COPREDEH, die Geiseln freizubekommen. Im Gegenzug versprachen sie, die Listen der Ex-PAC noch einmal zu prüfen und noch vor den Wahlen mit dem Auszahlen der Entschädigung zu beginnen.

Die Geiseln sind frei, doch zu welchem Preis? Das Vorgehen der Ex-PAC in La Libertad hatte „Erfolg“: Mit Gewalt und Drohungen haben sie die Verhandlungskommission in die Knie gezwungen. Wer weiss, wie viele Ex-PAC-Gruppen, die ebenfalls noch auf ihre Entschädigung warten, sich vom Vorgehen ihrer Kollegen in Huehuetenango inspirieren lassen? Und wie es in einem Kommuniqué der Mirna-Mack-Stiftung heisst: „Die Regierung der FRG hat sich angewöhnt, Gewaltakte und Störungen

der öffentlichen Ordnung zu akzeptieren, zu tolerieren oder gar zu fördern, solange sie GegnerInnen der Regierung schädigen, wie OppositionspolitikerInnen, Justizbeamte, MenschenrechtsaktivistInnen, JournalistInnen oder UnternehmerInnen“.

Untersuchungen von MINUGUA zeigen, dass JournalistInnen am stärksten von der Gewalt während der Wahlkampagne betroffen sind. Auch das kürzlich im Land anwesende *Komitee zum Schutz von JournalistInnen* (CPI), eine internationale Organisation mit Sitz in New York, kam zu dem Schluss, dass Guatemala eines der gefährlichsten Länder Amerikas für JournalistInnen sei. Vor allem lokale ReporterInnen seien grossen Risiken ausgesetzt, da man sie überall kenne und sie nicht durch die Anonymität der Hauptstadt geschützt seien. Das Komitee fordert von Präsident Portillo, sich öffentlich für die Meinungsfreiheit auszusprechen und sich mit den JournalistInnen zu solidarisieren. Von den politischen Parteien fordert die CPI, keine Kommentare abzugeben, die als Aufforderung zu Angriffen auf die Presse verstanden werden können.

## Der Tod fährt immer mit

**Guatemala, 23. Okt.** Die sieben Toten und drei Verletzten, die allein an einem Tag Ergebnis zweier bewaffneter Überfälle auf Autobusse in der Hauptstadt waren, beweisen einmal mehr die Gefahr, die die täglichen Busfahrten zur Arbeit oder zu anderen Zielen in der Stadt für die BürgerInnen darstellt. Täglich werden zwischen 50 und 60 Überfälle auf einzelne Busse registriert, ohne die „verschwiegenen“ mitzuzählen, die weder tragischen Ausgang haben noch angezeigt werden. Dieses Alltags-Phänomen hat inzwischen einen kritischen Grad erreicht, ohne dass sich die Verantwortlichen dazu veranlasst sähen, eine Lösung zur Garantie der Sicherheit zu suchen.

Wiederholt haben in diesen Tagen einige Bustransportvereinigungen durch eine Strassenblockade den Verkehr im Zentrum der Hauptstadt für einige Morgenstunden lahm gelegt. Letztendlich endete die Aktion damit, dass die Busfahrer ein Abkommen mit VertreterInnen des Menschenrechtsprokurators (PDH) und der Polizei unterzeichneten, in dem die Bereitstellung einer Mobilien Sicherheitseinheit, die Beendigung des Baus einer Polizeistation in Nähe des Busbahnhofs, sowie die Aufnahme der Ermittlung gegen Polizeiagenten vereinbart wurde, denen von den Chauffeuren vorgeworfen wird, die bewaffneten Banden zu schützen.

Inzwischen müssen die Fahrer in manchen Stadtvierteln 50 Quetzales (ca. US-\$ 6,50) am Tag als „Steuern“ an die Verbrechercliquen bezahlen, um das Risiko eines Überfalls zu reduzieren. „Wenn ich in den Bus steige, nehme ich meine Ohrringe ab, verstecke mein Geld, verberge mein Handy und suche den „ungefährlichsten“ Sitzplatz. Ich beobachte die Leute und überlege, wer von ihnen gefährlich sein könnte.“ So oder ähnlich denken viele Guatemaltekinnen, die die Busse nutzen.

Doch nicht nur der Stadtverkehr birgt seine Risiken. Aufgrund der höheren Fahrpreise der Überlandstrecken, sind auch diese Busse häufig gewinnversprechende Objekte von Raubüberfällen. „Mich haben sie schon vier Mal überfallen, und ich habe mein Leben an mir vorbeiziehen sehen, die Pistole an der Schläfe.“ so Busfahrer Edgar. „Auch die Verbrecher kaufen sich ihr Ticket am Schalter und überfallen den Bus dann auf halber Strecke. Man weiss nie wer, nie wann, nie wo es passieren wird. Wie also soll man sich dagegen schützen? Ich habe immer schon einen Geldumschlag extra dabei, aber manchmal reicht das auch nicht.“ Viele Busfahrer sind bereits bei solchen Überfällen erschossen worden, seit Anfang des Jahres kamen 46 Fahrgäste ums Leben, zusätzlich jene, die später im Krankenhaus ihren Verletzungen erlagen.

## CICIACS: Nicht vorwärts, nicht zurück

**Guatemala, 24. Okt.** Laut Zeitplan sollte sie längst ihre Arbeit aufgenommen haben, die *Kommission zur Untersuchung und Bekämpfung von klandestinen Gruppen* (CICIACS). Doch hat der Diskussionsprozess über das Wie und Wer – zuerst bei der guatemaltekischen Regierung und später bei den Vereinten Nationen – die Einsetzung der Kommission verzögert. Nun hat die UNO endlich „Ja“ gesagt, aber zu Bedingungen, die den guatemaltekischen Menschenrechtsorganisationen nicht passen. Sie verlangt nämlich das alleinige Mandat für die Kommission und die Freiheit, sowohl die nationalen wie die internationalen Mitglieder der CICIACS bestimmen zu können. Dies steht im Gegensatz zum Vorschlag vom 13. März 2003, in dem das Aussenministerium, das Menschenrechtsprokurat und die Menschenrechtsorganisationen eine „gemischte“ Kommission forderten, zusammengesetzt aus VertreterInnen der UNO, der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA) und der guatemaltekischen Zivilgesellschaft. Die UNO schlägt nun ein ähnliches Funktionieren für die CICIACS vor wie das der *Mission der Vereinten Nationen für Guatemala* MINUGUA, die voraussichtlich bis Ende 2004 im Land bleiben wird. Der Unterschied soll sein, dass die CICIACS Strafverfolgungen einleiten kann, was bei der MINUGUA nicht der Fall ist.

Laut Aussenminister Edgar Gutiérrez entspricht der Vorschlag der UNO zu 90% dem, was mit den nationalen Menschenrechtsorganisationen und -instanzen Anfang des Jahres ausgemacht wurde. Das kleine Detail ist, dass eben die UNO eine internationale und von ihr auserwählte Kommission will, wobei z.B. die guatemaltekische Staatsanwaltschaft aussen vor bleiben würde. Ebenfalls neu am UNO-Vorschlag ist, dass sie als Klägerin auftreten will.

Gemäss Mario Polanco von der Menschenrechtsorganisation GAM geht es nicht nur darum, dass die Staatsanwaltschaft in diese Kommission eingebunden werden muss, um ihr im Land selber Glaubwürdigkeit zu verleihen, sondern es müssten auch Änderungen in der guatemaltekischen Gesetzesordnung vorgenommen werden, damit eine CICIACS, wie sie die UNO vorschlägt, überhaupt legal arbeiten kann. Denn laut guatemaltekischem Gesetz sind Strafuntersuchungen allein der Staatsanwaltschaft vorbehalten. Dass aber solche Gesetzesanpassungen überhaupt durchgeführt werden, hängt vom politischen Willen der Regierung ab, der im Falle der Regierung unter Präsident Portillo nicht vorhanden ist. Es müssen der Wahlausgang und die Einsetzung der neuen Regierung im Januar 2004 abgewartet werden, um generell solche Ge-

setzesänderungen voran zu treiben.

Nach einem detaillierten Studium des UN-Vorschlags kommen der Menschenrechtsprokurator Sergio Morales und die guatemaltekischen Menschenrechtsorganisationen zu dem Schluss, dass er Widersprüche in sich birgt, die als Verfassungswidrigkeiten ausgelegt werden können. Der Vorschlag der UNO sei sehr unklar formuliert. Ausserdem sei es an der Zeit, dass man sich gemeinsam an einen Tisch setze und zu allererst Missverständnisse aus dem Weg räume, erklärte Frank LaRue vom Menschenrechtszentrum CALDH gegenüber der Presse. Danach erst könne man inhaltlich mit Verhandlungen beginnen. Morales seinerseits findet es beunruhigend, dass die UNO eine Kommission einsetzen will, die sich zwar dem guatemaltekischen Gesetz unterstellt, aber nicht mit den bestehenden Justizinstitutionen zusammenarbeiten will.

Ganz einig, wie sie sich zu dem UNO-Vorschlag stellen wollen, sind sich die Menschenrechtsorganisationen of-

fenbar bei ihrem Treffen nicht geworden, denn eine gemeinsame öffentliche Position kam nicht zustande. Unterschiede mögen darin bestehen, dass die einen – und damit vertreten sie die Meinung von Aussenminister Gutiérrez – die CICIACS so schnell wie möglich eingesetzt sehen wollen. Gesetzesänderungen und sonstige Verhandlungen könnten dann immer noch realisiert werden. Andere wiederum sprechen sich dafür aus, lieber noch etwas abzuwarten und die notwendige legale Basis zu schaffen, damit die CICIACS von vornherein effektiv arbeiten kann. VertreterInnen dieser Position befürchten, dass, wenn jetzt überstürzt gehandelt wird, zwar die Kommission zu arbeiten beginnt, ihr aber bei der erstmaligen Gelegenheit juristische Hürden aufgebaut werden, die den ganzen Prozess lahm legen. Zum anderen wollen sie Edgar Gutiérrez die Freude nicht machen, dass er die Gründung der CICIACS auf seine höchste Fahne schreiben kann, hat er doch sonst als Aussenminister nicht viel erreicht.

## Und die letzte Runde geht an ...

**Guatemala, 30. Okt.** Wie nicht anders zu erwarten, ist nun auch Guatemala dem Beispiel von El Salvador, Kolumbien, Peru und Costa Rica gefolgt und, wie Ecuador kurz darauf, aus der *Gruppe der 22* (G-22) ausgestiegen. Diese aus sich im Entwicklungsprozess befindenden Ländern bestehende Gruppe hatte sich anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Cancún, Mexiko, geschlossen und sich gegen die Agrarsubventionen der USA und Europa stark gemacht. Nun halten lediglich 16 Länder, angeführt von Brasilien und Indien dem Druck der USA stand und beharren auf ihren Forderungen.

Präsident Portillo begründet indes den Austritt Guatemalas damit, dass das Thema eine politische Richtung eingenommen und die Gruppe im Kampf gegen die Subventionen die Garantie des Marktzuganges vergessen hätte. Laut des Direktors der *Unternehmenskommission für Internationale Verhandlungen* CENCIT, Enrique Lacs, erfüllt die FRG-Regierung mit ihrer Entscheidung die US-amerikanische Bedingung für die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zwischen Nord- und Mittelamerika TLC (CAFTA auf Englisch).

Derweil demonstrierten rund Zehntausend Menschen in Guatemala ihre Ablehnung gegen das TLC, das lediglich mehr Armut ins Land bringen würde. Die Gewerkschafts- und Volksbewegung organisierte für den 20. Oktober einen friedlichen Marsch zum Gedenken an das 59. Jubiläum der Revolution von 1944, durch die wichtige Fortschritte

in Bezug auf soziale Forderungen erzielt worden waren. Die Kritik der ManifestantInnen galt neben dem TLC auch den ebenfalls im Moment in Verhandlung befindlichen regionalen bzw. Kontinentübergreifenden Freihandelsabkommen mit den USA Plan Puebla Panamá (PPP) und ALCA. Während der letzten Verhandlungsrunden hätte sich bewiesen, dass die USA nicht bereit seien, bezüglich irgendeines Themas nachzugeben, was ihnen schaden könnte. "Sie verhandeln, um ihre Bedingungen durchzusetzen", so ein guatemaltekischer Gewerkschaftsführer.

Entsprechend passt das Ergebnis der achten Verhandlungsrunde des TLC, die letzte Woche in Houston, USA, stattfand, ins Bild. Die Diskussionen endeten im Konsens aller mit dem von den USA vorgelegten Originalvorschlag zum lang verschobenen Thema Arbeit, ohne dass die zahlreichen Revisionen und Empfehlungen der zentralamerikanischen Delegierten irgendeinen Effekt hatten. Während der Industrie-Sektor Zentralamerikas sich zur eigenen Zufriedenheit den 99%igen Zugang seiner Produkte in die USA sicherte und für diese umgekehrt zu 80% seine Tore öffnete, konnten in den Verhandlungen zu Agrar-Themen nicht die erhofften Ergebnisse erzielt werden. Entsprechende Beschlüsse wurden zum Unmut und Zweifel einiger auf die letzte Verhandlungsrunde verschoben, die noch in diesem Jahr in Washington stattfinden wird, bevor das Freihandelsabkommen im ersten Halbjahr 2004 in Kraft treten soll.

## Die Landfrage, einmal mehr verschoben

**Guatemala, 28. Okt.** Die Situation der BäuerInnen Guatemalas hat sich unter der Präsidentschaft von Alfonso Portillo nicht verbessert. Im Gegenteil, die Krise hat sich verschärft und es stehen keine strukturellen Verbesserungen in Aussicht. Abgesehen von einem Diskurs, der sich für die Ausgeschlossenen stark macht, hat es die Regierungspartei FRG nicht geschafft, den BäuerInnen Zugang zu Land zu verschaffen. Gemäss der Indígena- und BäuerInnenvereinigung CONIC besitzen heute nach wie vor 0.15% der Produzenten 70% des kultivierbaren Landes. Diese Tatsache, die Zuspitzung der Kaffeekrise und die entsprechende Armut auf dem Lande haben in den letzten Monaten erneut zu Landbesetzungen und Demonstrationen geführt. Der FRG wird vorgeworfen, die soziale Unterstützung für von der Kaffeekrise betroffene Familien nicht wie

ursprünglich abgemacht, über die *Plataforma Agraria* (ein nationaler Zusammenschluss verschiedener sozialer und BäuerInnenorganisationen) zu verteilen, sondern über die FRG-Bürgermeister.

Im Oktober 2002 verpflichtete sich Präsident Portillo mit einem Sozialplan, während sechs Monaten 100'000 Familien zu unterstützen. Dieser Plan wurde bis heute nur zu einem Viertel umgesetzt. Teil dieses Planes war auch, den von der Kaffeekrise betroffenen Familien zu „günstigen“ Konditionen ein Stück Land zu verpachten, auf dem sie Mais anpflanzen konnten. Evaluationen haben ergeben, dass viele Familien bei diesem Geschäft draufzahlen mussten: Sei es, weil das Stück Land zu weit vom Wohnort entfernt lag und sie Transportkosten bezahlen mussten, sei es, weil sie – falls sie hatten – die Lohnarbeit zeitweise aufgeben mussten, um ihr Stück Land

zu bearbeiten. Weiter versprach die Regierung 96 Mio. Quetzales für den Kauf von Land. Dem zuständigen Landwirtschaftsministerium wurden aber bloss 17 Mio. überreicht während es laut *Plataforma Agraria* etwa 500 Mio. bräuchte, um das Problem des Landbesitzes zu lösen.

Gemäss der *Plataforma Agraria* gab es bis Anfang September rund 44 ungelöste Landkonflikte, von denen rund 3'300 Familien betroffen sind, landesweit sind zur Zeit 27 Fincas besetzt. Die Organisation erklärt weiter, dass sich die Arbeits- und Landkonflikte verschärft hätten, weil sich verschiedene staatliche Institutionen – darunter das Arbeitsministerium, das Sekretariat für Agrarfragen und die für die Lösung von Landkonflikten zuständige CONTIER-RA, geweigert hätten, Lösungen für die anstehenden Probleme zu suchen.

## II. Congreso Campesino Marquense

**San Marcos, 28. Okt.** Unter dem Motto „Brechen wir die Ketten der Ungerechtigkeit auf“ fand am 18. und 19. Oktober in San Marcos der *II. Congreso Campesino Marquense* statt. Organisiert wurde der Kongress von drei Organisationen, die in San Marcos zum Thema „Land“ arbeiten: Der *Pastoral de la Tierra*, die sich um die Frage der Landverteilung kümmert, der *REDECAM*, ein Zusammenschluss verschiedener organisierter BäuerInnen-Gemeinden und dem *Movimiento de Trabajadores Campesinos*, spezialisiert auf Fragen der Mi-

gration, Arbeit und des Arbeitsrechtes.

Rund 250 Campesin@s von der Küste und dem Hochland San Marcos nahmen am Kongress teil, ausserdem einige wenige Vertreter staatlicher und privater Institutionen, wie dem Arbeitsministerium, dem Landfonds FONTIER-RA, der nationalen Kaffeeproduzentenvereinigung ANACAFE. Ebenfalls anwesend waren VertreterInnen der *Plataforma Agraria*. Es gab Arbeitsgruppen zu den Themen, Landbesitz, Produktion, Migration und Arbeit sowie den sozialen Verpflichtungen des Staates.

Nach zwei Tagen intensiver Diskussion wurden folgende Resolutionen verabschiedet (leider war es nicht möglich, die anwesenden Staatsverteter zu konkreten Zusagen zu verpflichten):

- Die Forderungen der BäuerInnen-Organisationen müssen in die offizielle Politik über die ländliche Entwicklung aufgenommen werden. Die staatlichen Institutionen sollen Entwicklungsprojekte finanzieren und nicht die Wahlkampagne der Regierungspartei. Nein zur Manipulation der FRG!

- Die Budgets des Gesundheits-, des Erziehungs- und des Arbeitsministeriums müssen erhöht werden. Keine illegalen Budgetverschiebungen zu Gunsten des Verteidigungsministeriums mehr!

- Auflösung des Landfonds (*Fondo de Tierra*), wegen schlechten Funktionierens, extremer Bürokratie, überhöhter Ausgaben, und weil er die Probleme von Tausenden von BäuerInnen nicht löst. Schuldenerlass für alle Gruppierungen, die über den *Fondo de Tierra* Land erhielten.

- Zugang zu Land, sei es durch Landenteignung, die Überschreibung von unbenutzten Fincas an bedürftige Bäue-

rInnen, sowie eine finanzielle Unterstützung an die Familien ohne Land und Arbeit. Umsetzung einer integralen Landreform, die folgendes beinhaltet: Land, Kapital um zu Arbeiten, technische Unterstützung, Zugang zu Erziehung, Gesundheit, Unterkunft und Kommunikationsmitteln. In diesem Zusammenhang werden auch Landbesetzungen in Betracht gezogen.

- Das Arbeitsministerium muss seine Politik ändern und die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertreten und nicht der ArbeitgeberInnen. Die Einführung von Sanktionen für Funktionäre des Arbeitsministeriums, die diese Richtlinien verletzen.

Zudem wurde ein Solidaritätsschreiben an die BäuerInnen in Bolivien verfasst.

Die grosse Schwierigkeit des Kongresses bestand darin, die verschiedenen Positionen, Sprachen und Wissensniveaus zusammenzubringen. Während die VertreterInnen der *Plataforma Agraria* einen ausgefeilten Diskurs führten, verloren sich die Vertreter der staatlichen Institutionen in technischen Details. Dem gegenüber standen die Campesin@s mit ihren täglichen Problemen, ihrer Schwierigkeit, über diese Probleme hinaus eine politische Analyse zu machen und in grösseren Zusammenhängen zu denken. Aber auch ihre Frustration darüber, dass all die Diskurse und Versprechen – die sie bereits vom I. Kongress im letzten Jahr kennen – nichts an ihrer Situation verändert haben. Der Kongress war jedoch auch ein lobenswerter Versuch, diese verschiedenen Ebenen zusammenzubringen und den Campesin@s ein Forum zu bieten, in dem sie ihre Forderungen zum Ausdruck bringen konnten.

### ¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Christiane Treeck

Heimstrasse 7

D- 10965 Berlin

Tel. ++49 (0)30/ 6150 7160

E-Mail:

c-tree@gmx.net

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

## Militärperspektiven

**Guatemala, 31. Okt.** In einem Interview drückte Tom Koenigs, Leiter der UN-Mission für Guatemala, MINUGUA, seine Sorge hinsichtlich der Wahl-Aufstellung von Militärangehörigen für öffentliche Posten aus. „Im nächsten Kongress werden mehr Ex-Militärs sitzen wie nie zuvor. Sie stammen aus politischen Verbänden der Landbesitzenden und Bourgeoisie sowie von der *Grossen Nationalen Allianz* (GANA)“, erklärte er und fügte hinzu, dass anscheinend alle Parteien denken, dass sie ohne Militär die Macht nicht gewinnen könnten.

Positiver Aspekt der Präsenz von so vielen pensionierten Militärangehörigen sei laut Koenigs, dass es offensichtlich kein eigens militärisches politisches Projekt gäbe. Dagegen bleibe der militärische Einfluss durchaus bestehen, während sich die ehemaligen Armeeangehörigen der Straflosigkeit erfreuten.

Auch die Zeitung *Der Wahlbeobachter* weist auf das beständige „Recycling“ der Hauptfiguren hin, die in den letzten 30 Jahren zu den Protagonisten des nationalen Lebens gehörten und die Parteiführungen aus der Zentrale oder auch aus den Kulissen heraus dominierten. Zu diesen gehörten alte und neue Oligarchien, Militär- und Intellektuellenkreise, die involviert waren in die Aufstandsbekämpfung, so die Veröffentlichung. Ihr Überleben und das Festhalten an der Macht seien laut des *Wahlbeobachters* auf den steten Wechsel ihrer politischen Verkleidung und Allianzen mit Blöcken zurückzuführen, die ihnen hinter dem Deckmantel der formalen Regierungsführung die politischen Zügel in den Händen überliessen.

Die gesamte Geschichte der guatemalteckischen Politik sei geprägt durch ihren stets autoritären Charakter, währenddessen der Staat der Ausdruck der dominierenden Systeme gewesen sei. Diese konnten sich dank der Zwangsmacht, die die Armee vertritt, zu Gunsten von Minderheitssektoren halten. Dies fand Arnoldo Villagrán vom *Guatemalteckischen Netz für die demokratische Sicherheit* in einer Studie heraus. Vorherrschendes Merkmal im Rahmen der aktuellen Umstrukturierung des Militärs, die als entscheidender Faktor für die Festigung der Demokratie im Land gilt, sei die Ausdehnung seiner Funktionen und die Fortdauer seiner Doktrinen und Theorien, die während des bewaffneten Konflikts benutzt und als sogenannte „Nationale Sicherheit“ bezeichnet worden waren.

Dagegen fordere die Modernisierung des Militärs laut Villagrán eine grundsätzliche Veränderung in seinen Funktionen, seiner Mission und eine veränderte Haltung gegenüber der Gesellschaft. Diese Veränderung dürfe sich nicht auf die Anschaffung von Ausrü-

stung beschränken, sondern müsse in der Überwindung jener Doktrinen und Theorien hin zu einer sich auf die Menschenrechte beruhenden Mentalität bestehen. Eine der Schwächen der Armee sei die Zerstretheit im ganzen nationalen Territorium, was sie weniger stark mache hinsichtlich ihrer fundamentalen Aufgabe der Landesverteidigung und ihr stattdessen die politische Kontrolle der Bevölkerung zuweist.

Acht Jahre nach dem in den Friedensverträgen aufgestellten Zeitpunkt löste Präsident Portillo Ende Oktober nun endgültig den *Präsidialen Sicherheitsstab* (EMP) auf, dessen Funktionen – v.a. der Schutz vom Präsidenten, dessen Vize sowie von MinisterInnen und auf Wunsch der beiden Kandidaten, die in der zweiten Wahlrunde um das Präsidentschaftsamt streiten – in den näch-

sten 30 Tagen an das *Sekretariat für Verwaltungsangelegenheiten und die Sicherheit des Präsidenten* (SAAS) übergeben werden sollen. Von den rund 500 ehemaligen EMP-Angestellten entschieden sich einige für den freiwilligen Ruhestand, andere sollen Posten in dem als durchweg zivil geplanten SAAS übernehmen. Solange sind noch etwa 25 EMP-Soldaten für die Sicherheit des Präsidenten zuständig.

Mit der Auflösung des EMP wird laut MenschenrechtsaktivistInnen einer Institution ein Ende gesetzt, die Jahrzehntlang für die politische Spionage und repressiven Massnahmen verantwortlich war. Dem EMP wird die intellektuelle sowie materielle Verantwortung für die Morde an der Anthropologin Myrna Mack 1990 und an Bischof Juan Gerardi 1990 zugeschrieben.

## Der (Wahl-)Prozess

**Guatemala, 25. Okt.** Bis zum 22. Oktober haben 29 politische AktivistInnen und KandidatInnen aufgrund von politischer Gewalt ihr Leben verloren, gab die zivile Vereinigung *Mirador Electoral* bekannt, die den Wahlprozess beobachtet. „Die Situation ist besorgniserregend. Es besteht eine Mischung aus der Gewalt aufgrund der Wahlen und der alltäglichen Gewalt im Land. Der Anstieg der gewalttätigen Vorkommnisse ist haarsträubend,“ so Víctor Gálvez, Vertreter des *Mirador*. Seit im Mai zu den Wahlen aufgerufen wurde, hat diese Institution 1'113 Anklagen wegen Aggressionen, Bedrohungen und Nötigungen erhalten, welche nun beim Menschenrechtsprokurat PDH eingereicht werden.

„Wir hatten gehofft, dass sich als Folge der Unterzeichnung des „Keine-Gewalt-Pakts“ die Situation beruhigt, aber derzeit sind die Anzeichen erschreckend gegenteilig,“ so Frank LaRue, Chef des Menschenrechtszentrums CALDH und ebenfalls Mitglied des *Miradors*. Als problematisch wird auch auf die Verschlossenheit der Parteien hingewiesen, die sich weigern, ihre Finanzen der Kampagne offen zu legen. Die Republikanische Front Guatemalas (FRG) habe mit 29,5 Mio. Quetzales derzeit am meisten in ihre Propaganda investiert.

Als positiven Aspekt hebt der *Mirador* hervor, dass sich die Parteien mit ihrem Unterschreiben der *Nationalen Gemeinsamen Agenda* und dem „Keine-Gewalt-Pakt“ sich immerhin formell zur Einhaltung des Wahlfriedens verpflichtet haben. Auch die Beteiligung der zivilen Bevölkerung, die den Parteien mit ihren jeweiligen Petitionen ihre Forderungen deutlich machen, wird von der Beobachtungsinstitution hervorgehoben.

Für den 9. November haben sich 31'396 KandidatInnen für 3'599 Ämter aufstellen lassen.

Auch die Wahlbeobachtungsmission der Europäischen Union betrachtet die von den politischen Gruppierungen erreichten Übereinkommen als wichtigen Fortschritt im Wahlprozess. Mit der *Nationalen Gemeinsamen Agenda* seien somit grundlegende Instrumente der Zusammenarbeit, politische Spielregeln und immerhin minimale Ansätze der Regierbarkeit aufgestellt worden, die von 21 Parteien ratifiziert wurden.

Jannis Sakellariou, Chef der Mission, betonte die positive Entwicklung der Arbeit des Höchsten Wahlgerichts (TSE) während der Wahlkampagne in Bezug auf die Information und ihre Verbreitung über die Stimmabgabe, die Aktualisierung und Säuberung des WählerInnenverzeichnisses sowie die verbesserte Organisation des Procedere der Stimmauszählung, Übermittlung, Berechnung und Verarbeitung der Ergebnisse. Weitere positive Aspekte seien die wachsende Einflussnahme von sozialen Organisationen hinsichtlich der öffentlichen Begleitung und Bewertung des Wahlprozesses sowie die progressive Mobilisierung der Frau und dabei vornehmlich der indigenen Frau sowohl während der Aktualisierung des Wahlregisters als auch in Bezug auf ihre Präsenz an Orten des Dialogs während der Kampagne.

Kritik übte Sakellariou am Gebrauch von Staatsgeldern für den Wahlkampf, besonders durch die Regierungspartei. Auch die als Veruntreuung öffentlicher Gelder und als deutlich opportunistisch betrachtbare Entschädigungszahlung an die ehemaligen Zivilpatrouillisten (EXPAC) wurde von dem EU-Vertreter scharf verurteilt.

